

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015**

Sitzung Nr. 4 Ö	am Dienstag, 28. April 2015
------------------------	------------------------------------

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Eger

Gemeinderäte:	Albert Erwin-Peter	Knopf Norbert
	Back Udo	Köck Siegfried
	Geider Adolf	Krenzke Marina
	Grün Klaus	Rehorst Tobias
	Haffner Gerhard	Runde Anneliese
	Heim Andrea	Schell Achim
	Heger Roman	Speckert Ferdinand
	Heger Rudi	
	Herling Michael	Vetter Theo
	Klemenz Birgit	Weis Torsten

Protokollführer: Elke Ott

Gäste: Simone Heger (ab 20.55 Uhr), Manfred Back (bis 20.10 Uhr), Dr. Gericke (Modus Consult, Top 4), Pfarrer Manfred Woschek (Top 7), Peter Dietz, Werner Kleiber, Harry Zorn,

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr

Sitzungsende: 22.20 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 16.04.2015 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 19 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Rouven Dittmann, Andrea Ronellenfitsch, Manuel Thome

Es fehlen unentschuldigt: keine

Es ergehen nachträglich Geburtstagsglückwünsche an die Damen Gemeinderätinnen Andrea Ronellenfitsch und Birgit Klemenz sowie an die Herren Gemeinderäte Ferdinand Speckert und Gerhard Haffner.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 24. März 2015 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse.	
Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 24. März 2015	

Ausführungen und Beschluss:

Das öffentliche Sitzungsprotokoll vom 24.03.2015 hat offen gelegen.

Bürgermeister Dr. Eger gibt die in der Sitzung vom 24.03.2015 nicht öffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Einstellung einer Mitarbeiterin für die Campingrezeption
- Einstellung einer Sachbearbeiterin für die Personalabrechnung und Buchhaltung in der Kämmererei
- Beschluss über die Vergabe der Verleihung der Bürgermedaille in Silber an Frau Gisela Uhrig

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Herr Gemeinderat Siegfried Köck** und **Frau Gemeinderätin Marina Krenzke** als Urkundspersonen vorgeschlagen

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	

Ausführungen und Beschluss:

Es werden keine Wünsche und Anfragen vorgetragen.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
Rückbau der Ampelanlage an der Einmündung Walldorfer Straße /Hauptstraße	

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger verweist auf die Sitzungsvorlage und begrüßt Herrn Dr. Gericke vom Büro Modus Consult.

Herr Dr. Gericke ruft anhand einer, dem Protokoll beigefügten PowerPoint Präsentation, das Gesamtkonzept für die Roter Ortsdurchfahrt in Erinnerung. Für die Kreuzung Walldorfer Straße/ Hauptstraße hatte man einige teils sehr weitreichende Umgestaltungsideen entwickelt. Darunter auch ein großer Ovalverkehr sowie ein Minikreisel. Diese Vorschläge sind jedoch aufgrund der dafür erforderlichen Grundstücksankäufe aktuell nicht umsetzbar.

Herr Dr. Gericke erklärt, dass aktuell nur die Minimal-Lösung zu realisieren sei. Die Straßen könnten leicht verengt werden, die Linksabbiegerspur von der Haupt- in die Walldorfer Straße könnte wegfallen. Querungshilfen für Fußgänger könnten bei der Tullastraße sowie beim Gasthaus Löwe und vor der Kirche vorgesehen werden. Ebenso möglich wären eventuell Zebrastreifen oder auch Bedarfsampeln. Hierzu müsste allerdings das exakte Verkehrsaufkommen ermittelt werden.

Bauamtsleiter Werner Kleiber ergänzt, dass die für die große Lösung mit Ovalkreisel oder Minikreisel, erforderlichen Objekte nach Anfrage bei den Eigentümern nicht zum Erwerb stehen.

Bürgermeister Dr. Eger hält das Abschalten der Ampel ohne weitere bauliche Umgestaltung im Kreuzungsbereich für nicht ratsam. Um die Sicherheit auf dem Schulweg zu gewährleisten sollten zumindest Zebrastreifen oder Querungshilfen mit Mittelinseln vorgesehen werden.

Herr Manfred Back erklärt das mögliche weitere Verfahren aus verkehrsrechtlicher Sicht. Um die Ampel abzuschalten und entsprechend Fußgängerüberwege oder Querungshilfen einzurichten, ist vorab die Durchführung von Verkehrszählungen erforderlich. Erst nach Vorlage aktueller Zahlen kann über die Einrichtung von Fußgängerüberwegen etc. entschieden werden.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass der Beschlussvorschlag zum Tagesordnungspunkt aus diesem Grunde nur die Beauftragung einer Verkehrszählung im Kreuzungsbereich Hauptstraße/ Walldorfer Straße beinhaltet. Er schlägt vor den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass alternative Querungsmöglichkeiten im Bereich Walldorfer Straße/ Hauptstraße erarbeitet werden sollen. Er führt weiter aus, dass dieses Konzept dann auch zur Festschreibung einer tragfähigen Tempo 30-Zone in der Hauptstraße passen würde.

Herr Dr. Gericke ist der Meinung, dass die Tempo 30-Regelung in der Hauptstraße aufgrund der Lärmbelästigung, wie im Ortsteil St. Leon, unproblematisch wäre.

Gemeinderat Theo Vetter erklärt, dass es seiner Fraktion nicht nur um die Abschaltung der Ampel sondern um Fortschreibung des Rahmenplanes „Umgestaltung der Hauptstraße“ im Ortsteil Rot geht. Ursprünglich wurde die Ampelanlage aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens installiert. Durch die Umgehungsstraße ist eine starke Reduzierung des Verkehrs eingetreten. Eine Arbeitsgruppe hat die Rahmenplanung für die Umgestaltung der Hauptstraße erarbeitet. Für den Kreuzungsbereich Hauptstraße/Walldorfer Straße wurden 4 Varianten erarbeitet. Drei dieser Varianten kommen ohne Ampelanlage aus. Verkehrszählungen fanden bereits statt. Er kann deshalb nicht nachvollziehen, warum nun erneut eine Verkehrszählung durchzuführen ist, um die Ampelanlage abschalten zu können. Dies auch aus dem Grund, da es Studien gibt, die besagen, dass Fußgängerüberwege sicherer als Ampellösungen sind. Zu klären wäre noch, ob Fußgängerüberwege auf Grundlage des heutigen Verkehrsaufkommens genügend Sicherheit für die Fußgänger bieten oder ob es eventuell erforderlich ist einen Teil der Ampelanlage als Bedarfsampel zu betreiben. Weiter zu klären wäre noch, ob bei Abschaltung der Ampelanlage Maßnahmen für die Sicherheit von Radfahrern ergriffen werden sollten und ob eventuell die Einrichtung eines Radschutzstreifens möglich ist. Interessant wäre auch, ob die Abschaltung der Ampel ohne weitere bauliche Maßnahmen sofort erfolgen könnte. Aus den genannten Gründen lehnt Gemeinderat Theo Vetter den vorgelegten Beschlussvorschlag der Verwaltung ab. Antrag der Freien Wähler war die Abschaltung der Ampel. Deshalb stellt er den Erweiterungsantrag über die Grundsatzentscheidung des Rückbaus der Ampelanlage sowie über die weiteren erforderlichen Maßnahmen abzustimmen. Abschließend ergänzt er noch die Frage, ob die Einführung von Tempo 40, um die Einhaltung der Fahrpläne des ÖPNV zu gewährleisten, sinnvoll wäre.

Bürgermeister Dr. Eger antwortet bzgl. des Beschlussvorschlags der Verwaltung, dass dem Gemeinderat nur rechtmäßige Entscheidungen vorgelegt werden dürfen. Deshalb musste die Durchführung einer Verkehrszählung vorgeschlagen werden. Die Abschaltung der Ampel ohne Durchführung einer vorherigen Zählung ist rechtlich nicht möglich.

Herr Dr. Gericke ergänzt, dass es Verkehrszählungen bzgl. der Fahrzeuge im Bereich Walldorfer Straße/ Hauptstraße gibt. Es gibt aber bisher keine Zählungen der Fußgängerquerungen, die für die Abschaltung der Ampeln unbedingt erforderlich sind. Zum Thema Tempo 30 oder Tempo 40 erklärt er, dass Tempo 40 zwar eine Verbesserung für den ÖPNV bedeuten würde, für die Lärmbelästigung natürlich Tempo 30 klar zu bevorzugen ist. Beim Fahrplanwechsel könne die Geschwindigkeitsbeschränkung berücksichtigt werden. Gesonderte Radstreifen oder Radschutzstreifen sind bei Tempo 30 nicht erforderlich, da der Radfahrer bei Tempo 30 Teil des Verkehrsstroms ist. Aufgrund der Breite der Straße ist es fraglich, ob ein Radschutzstreifen überhaupt genehmigungsfähig wäre. Außerdem ist zu beachten, dass bei Einrichtung eines Radschutzstreifens das Parken am Straßenrand nur noch eingeschränkt möglich wäre und es zu Konflikten und Problemen mit Parallelparkplätzen kommen würde.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015**

Gemeinderat Rudi Heger ist der Meinung, dass die Abschaltung der Ampel zu Problemen bei der Querung besonders für ältere Bürger oder Kinder führen würde. Er präferiert deshalb die Einrichtung einer Bedarfsampel. Bei einer Verschmälerung der Walldorfer Straße sieht er Probleme für das Befahren mit den Gelenkbussen. Er unterstützt den Beschlussvorschlag, um genaue Zahlen der Fußgängerquerungen sowie des aktuellen Fahrzeugaufkommen zu erhalten.

Gemeinderat Roman Heger unterstützt ebenfalls den Wunsch nach einer Anforderungsampel in der Hauptstraße, da in diesem Bereich überwiegend Schüler die Straße queren. Für die Walldorfer Straße hält er die Einrichtung eines Fußgängerüberweges für sinnvoll.

Gemeinderat Ferdinand Speckert ist der Meinung, dass der Gemeinderat nicht nur über den Rückbau der Ampelanlage sondern über den Beginn des zweiten Bauabschnittes für die Umgestaltung der Hauptstraße bis zur Höhe der Sparkasse beschließen sollte. Er möchte die Gesamtkonzeption weiterführen und nicht nur gesondert die Ampel abschalten.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass dies auch der Ansatz der Verwaltung ist. Vorstufe für das gesamte Verfahren ist die Erhebung der Fußgängerströme, danach kann die Planung für den Kreuzungsbereich Walldorfer Straße/Hauptstraße weitergehen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber geht noch einmal auf, die im Rahmenplan für die Umgestaltung der Hauptstraße entwickelten Varianten für den Kreuzungsbereich Walldorfer Straße/Hauptstraße ein. Vier Gestaltungsmöglichkeiten wurden im Rahmenplan erarbeitet. Aufgrund des nicht möglichen Grundstückerwerbs im Kreuzungsbereich reduzieren sich die tatsächlichen Möglichkeiten jedoch auf die von Herrn Dr. Gericke vorgeschlagene Variante.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu. Er schließt sich dem Vorschlag zur Einrichtung einer Bedarfsampel in der Hauptstraße an. Er ist der Meinung, dass die Querung in der Walldorfer Straße näher Richtung Kirche versetzt werden sollte.

Gemeinderat Norbert Knopf sieht die bestehende Ampel als Bremse des durchführenden Verkehrs, deshalb könne die Abschaltung der Ampel nicht ohne weitere bauliche Maßnahmen, z.B. Verschmälerung der Straße einhergehen. Er stimmt der erforderlichen Verkehrszählung zu und bittet für die Übergangszeit die Einrichtung einer Bedarfsampel zu überprüfen.

Gemeinderat Siegfried Köck erklärt nun Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Nach Durchführung der Verkehrszählung soll Variante 1 mit, nach den Verkehrszahlen optimalen Querungshilfen, Fußgängerüberweg oder Bedarfsampel möglichst kurzfristig umgesetzt werden. Er bittet die Verwaltung mittelfristig die möglichen anderen Varianten im Kreuzungsbereich nicht aus den Augen zu verlieren und die Möglichkeit des Grunderwerbs weiterhin zu prüfen.

Gemeinderat Tobias Rehorst fragt, ob die Einrichtung einer Bedarfsampel als Zwischenlösung überhaupt möglich ist und wie aktuell die Zahlen der Verkehrszählung sein müssen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass 2009/10 sowie 2012 Verkehrszählungen durchgeführt wurden. Hier wurden jedoch nie Fußgänger und Fußgängerquerungen erhoben.

Gemeinderat Adolf Geider ist der Meinung, dass die Gemeinde nach Bau der Umgehungsstraße selbst entscheiden könne, ob die Ampel abgeschaltet wird oder nicht.

Gemeinderat Rudi Heger erklärt, dass laut Aussage der Polizei die Ampelanlage durchaus als Bedarfsanlage betrieben werden könnte.

Gemeinderat Gerhard Haffner unterstützt den Beschlussvorschlag sowie die Einrichtung einer Bedarfsampel, da die Ampellösung besonders für Eltern von Schulkindern vor der Einrichtung eines Fußgängerüberweges bevorzugt wird.

Bürgermeister Dr. Eger stellt nun folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt der Beauftragung einer Verkehrszählung an der Hauptstraße/Walldorfer Straße zur Vorbereitung der verkehrsrechtlichen Entscheidung zu.

Die Gemeindeverwaltung wird mit der Vorbereitung baulicher Veränderungen beauftragt und die sofortige Umstellung auf eine Bedarfsampel wird geprüft. Die Vorbereitung der baulichen Veränderungen erfolgt auf Basis der Variante 1 des Rahmenplanes „Umgestaltung Hauptstraße“.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö Tiefbauarbeiten 2015 hier: Auftragsvergabe	Tagesordnungspunkt: 5
--	------------------------------

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Tobias Rehorst fragt, ob die Grimmstraße lediglich verbreitert werden soll oder ob auch eine Randbefestigung bzw. ein Gehweg auf der Seite zum Feld hin geplant ist. Er möchte wissen, ob dann eventuell ein Halte- bzw. Parkverbot angeordnet werden könnte.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass der Hauptgrund für die Zurückhaltung bei der Sanierung der

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015**

Grimmstraße bisher die eventuell von den Anliegern zu erhebenden Erschließungsbeiträge waren. Dies ist nun nicht mehr relevant. Die Straße soll um ein Meter verbreitert werden. Bordanlagen sind nicht vorgesehen. Weitere Maßnahmen sollen erst folgen, wenn eine Bebauung auf der linken Seite erschlossen wird.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass ein eventuelles Halteverbot geprüft werden muss.

Gemeinderat Torsten Weis möchte wissen, wie weit die Verbreiterung der verlängerten Kronauer Straße gehen soll.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass dies bis zum ehemaligen Sanitärgebäude des VfB geplant ist. Bis dorthin kann die Verbreiterung durch Grundstückserwerbe bzw. Grundstückstausche der Gemeinde mit Eigentümern erfolgen.

Gemeinderat Roman Heger signalisiert Zustimmung zur Vorlage. Er ist der Meinung, dass die Verbreiterung der verlängerten Kronauer Straße bis zum VfB-Förderstützpunkt führen sollte. Er bittet die Verwaltung dieses Thema weiter zu verfolgen.

Zum versetzten „Bildhäusel“ an der Kronauer Straße stellt er den, dem Protokoll beigefügten, Antrag.

Gemeinderat Torsten Weis möchte wissen, welche Parkflächen in der Lanzstraße geplant sind.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass in der Lanzstraße ca. 20 Stellplätze geschaffen werden. Damit sind diese Maßnahmen im gesamten Gewerbepark abgeschlossen.

Gemeinderat Norbert Knopf bittet in der Lanzstraße darauf zu achten, dass LKW's auf den dafür vorhandenen Parkflächen und nicht an der Straße parken.

Zum Antrag von Gemeinderat Roman Heger auf Gestaltung des „Bildhäusels“ in der Kronauer Straße erklärt

Bauamtsleiter Werner Kleiber, dass es im Haushalt einen separaten Titel zum Thema gibt. Sobald die Verbreiterung der Straße fertiggestellt und die Baustelle abgeräumt wird, kann die Gestaltung in diesem Bereich erfolgen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Tiefbauarbeiten mit einer vorläufigen Auftragssumme von 155.719,36 € an die Firma Schön und Sohn aus Speyer zu vergeben.

Die Verwaltung wird mit der Gestaltung des „Bildhäusels“ an der Kronauer Straße gemäß des, dem Protokoll beigefügten, Antrages beauftragt.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Mönchsbergschule, Abbruch und Neubau des Sanitärtraktes der Alten Schule	
Auftragsvergaben	- 212 -

Ausführungen und Beschluss:

Ortsbaumeister Peter Dietz hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass für die geplante Außentreppe als Zugang des Kellergeschosses noch ein Vordach bzw. eine Überdachung hinzukommen wird.

Gemeinderat Siegfried Köck ist der Meinung, dass die Aufenthaltsqualität und Nutzung der Mönchsbergschule durch den neuen Sanitärtrakt enorm steigen wird. Es ist erfreulich, dass immerhin einige Firmen aus St. Leon-Rot bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden können. Davon ausgehend, dass die Mittel entsprechend im Haushaltsplan bereit stehen, signalisiert er Zustimmung. Er äußert den Wunsch, den direkt neben dem Sanitärtrakt befindlichen Baum zu erhalten und nicht zu fällen.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt, dass der Wurzelbereich des Baumes vom Neubau nicht betroffen sein wird und er somit stehen bleiben kann.

Gemeinderat Michael Herling signalisiert ebenfalls Zustimmung. Er stellt die Frage, ob die alte Sandsteintreppe nicht dennoch saniert werden muss, um einen zweiten Fluchtweg zu haben.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt, dass der kürzeste Weg aus dem Keller heraus über die neue Treppe gehen wird. Die alte Treppe wird durch die Errichtung der neuen Treppe mehr oder weniger still gelegt.

Auch **Gemeinderat Achim Schell** signalisiert Zustimmung und ist erfreut darüber, dass bzgl. des Zugangs zum Kellergeschoss eine einvernehmliche Lösung mit den Vereinen gefunden werden konnte.

Gemeinderätin Birgit Klemenz freut sich über den Beginn der Maßnahme und signalisiert Zustimmung.

Gemeinderätin Marina Krenzke schließt sich den Vorrednern an und signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, folgenden Firmen die Aufträge für den Abbruch und den Neubau des Sanitärtrakts am Alten Schulhaus der Mönchsbergschule zu erteilen:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015

1. Abbruch-, Rohbauarbeiten	Fa. Streib, Mannheim	255.142,00 €
2. Zimmererarbeiten	Fa. Neidig, Mühlhausen	102.391,23 €
3. Fensterbauarbeiten	Fa. Alustar, Grabfeld	40.371,94 €
4. Estricharbeiten	Fa. Horwarth, Edingen-Neckarh.	10.765,69 €
5. Trockenbau- und Putzarbeiten	Fa. Orani Group, Heidelberg	67.954,34 €
6. Fliesen- u. Werksteinarbeiten	Fa. Thome, St. Leon-Rot	39.984,71 €
7. Innentüren- und Trennwände	Fa. Jacobs GmbH, Oftersheim	11.777,43 €
8. Metallbauarbeiten	Fa. Menges König, Rauenberg	17.112,32 €
9. Heizungsarbeiten	Fa. Seidel Sanitär, St. Leon-Rot	21.427,26 €
10. Sanitärarbeiten	Fa. Seidel Sanitär, St. Leon-Rot	43.633,85 €
11. Elektroarbeiten	Fa. Elektro Thome, St. Leon-Rot	34.354,36 €

Die Verwaltung wird weiterhin ermächtigt, die Firma Bauunternehmung Streib aus Mannheim im Rahmen der Rohbauarbeiten mit der Errichtung einer Außentreppe zur weiteren Erschließung des Kellergeschosses im Rahmen einer Auftragserweiterung auf Basis des eingereichten Angebotes mit einer vorläufigen Auftragssumme von ca. 15.000,00 € brutto zu beauftragen

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Friedhof St. Leon und Rot	
Hier: Begegnungsstätte	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er schlägt vor mit dem Bau der Begegnungsstätten eventuell auf einem Friedhof zu beginnen und das Projekt anlaufen zu lassen. Er begrüßt Herrn Pfarrer Manfred Woschek und erteilt ihm das Wort.

Pfarrer Manfred Woschek erklärt, dass die Sitzungsvorlage das Anliegen des Arbeitskreises Trauerbegleitung gut zusammenfasst. Trauernde sollen am Ort der Trauer Kontakt mit ausgebildeten Trauerbegleitern bekommen und Hilfsangebote annehmen können. In Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen sind zwischenzeitlich 17 Trauerbegleiter ausgebildet worden. Die ursprünglich gewünschte unmittelbare Anbindung der Begegnungsstätte an die Trauerhalle wird zwischenzeitlich zumindest auf dem Friedhof Rot nicht mehr unbedingt favorisiert. Da bei Beerdigungen der Trauerzug an der Begegnungsstätte vorbei ziehen würde, sehen die Trauerbegleiter hier Konflikte mit den Öffnungszeiten der Begegnungsstätte. Daraus entstand der Alternativvorschlag: die Platzierung am Rande des Friedhofs. Da in St. Leon der Trauerzug nicht an dem geplanten Standort der Begegnungsstätte vorbeizieht, sind die Konflikte hier weniger groß.

Pfarrer Manfred Woschek bittet den Gemeinderat das Projekt zu unterstützen um das innovative Angebot auf den Friedhöfen anbieten zu können. Er erklärt, dass das Projekt einer Stiftung der Erzdiözese Freiburg vorgestellt wurde und von dort Mittel zur Ausbildung der Trauerbegleiter und für anfallende Betriebskosten der Begegnungsstätten zur Verfügung gestellt wurden.

Bürgermeister Dr. Eger bedankt sich für den lobenswerten Einsatz der ehrenamtlichen Personen und bittet aufgrund der zu erwartenden Kosten um das Festhalten an der ursprünglich gewünschten Platzierung der Begegnungsstätten.

Gemeinderätin Anneliese Runde bedankt sich bei Pfarrer Manfred Woschek für seine Ausführungen. Sie erklärt, dass in den letzten Jahren viele soziale Projekte vom Gemeinderat unterstützt wurden, so z.B. die Einrichtung des Seniorenbüros, die Unterstützung der betreuten Gruppen sowie die Einrichtung der Seniorenhilfe. Ein weiteres Mosaiksteinchen im sozialen Bereich wäre die Einrichtung der Begegnungsstätten. Es ist erfreulich, dass sich viele Ehrenamtliche in diesem Bereich engagieren möchten. Sie bittet den Gemeinderat das konkret gewordene Angebot zu unterstützen. Sie ist der Meinung, dass der Gemeinderat zuerst einen Grundsatzbeschluss über den Bau der Begegnungsstätten fassen sollte. Anschließend kann sich der Gemeinderat dann mit der genauen Festlegung der Lage und Ausgestaltung der Begegnungsstätten befassen.

Gemeinderätin Anneliese Runde ist der Meinung, dass bereits 2014 Mittel für den Bau der Begegnungsstätten in den Haushalt eingestellt wurden und möchte daher wissen, warum die erneute Einstellung für 2016 vorgesehen ist.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass bereits 2014 Mittel für die Errichtung von Begegnungsstätten geschätzt und in den Haushalt eingestellt wurden. Die damals angedachten 60.000 Euro je Friedhof sind jedoch nicht ausreichend, sodass vorgeschlagen wird die Mittel für 2016 mit konkreten Kosten erneut einzustellen.

Gemeinderätin Andrea Heim erklärt, dass ihre Fraktion die Einrichtung der Trauerbegleitung unterstützt. Sie ist jedoch der Meinung, dass die Trauerbegleitung nicht unbedingt auf dem Friedhof stattfinden muss und

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015

möchte ohne konkrete Kenntnis über die Inanspruchnahme des Angebots der Trauerbegleitung kein Beschluss über einen Neubau fassen.

Gemeinderat Gerhard Haffner erklärt, dass der dem Bau der Begegnungsstätten offen gegenüberstand. Bei seinen regelmäßigen Besuchen auf dem Friedhof hat er andere Friedhofsbesucher angesprochen und sie zum Thema befragt. Zumindest im Ortsteil St. Leon hat sich keiner der befragten Personen für den Bau der Begegnungsstätte ausgesprochen. Auch bei anderen Zusammentreffen mit Bürgern konnte er keine positive Resonanz feststellen. Von daher sieht er keinen Bedarf für einen Bau und fragt, ob die Trauerbegleitung nicht eventuell im Bereich der Pfarrheime möglich wäre. Er erklärt, dass der Gemeinderat gegenüber dem Bürger seine Beschlüsse rechtfertigen muss und möchte daher keinen Beschluss fassen, der in der Bürgerschaft keine Zustimmung findet. Falls die Trauerbegleitung in anderen Räumlichkeiten gut anläuft und guten Zuspruch findet, ist er gerne bereit erneut über den Bau von Begegnungsstätten nachzudenken und zu entscheiden.

Gemeinderätin Birgit Klemenz erinnert, dass sich der Gemeinderat schon mehrfach mit dem Thema beschäftigt hat. Sie begrüßt das Angebot und bedankt sich bei den ehrenamtlich Engagierten. Eine Bebauung auf dem Friedhof direkt angegliedert an die Leichenhalle findet bei der CDU keine Zustimmung. Dem alternativen Standort am Rande des Friedhofs könnte die CDU zustimmen. Sie fragt Herrn Pfarrer Woschek warum die Trauerbegleitung unbedingt direkt auf dem Friedhof stattfinden muss bzw. soll.

Bürgermeister Dr. Eger gibt zu bedenken, dass durch den Bau am Rande des Friedhofs in Rot Parkplätze wegfallen würden und der Alternativstandort natürlich auch durch Integrierung eines Sanitärtraktes erheblich teurer werden würde.

Pfarrer Manfred Woschek erklärt, dass es bei der Trauerarbeit sehr wichtig ist den Trauernden dort zu erreichen, wo er sich aufhält. Die Trauerbegleitung soll ein niederschwelliges Angebot sein. Er ist der Meinung, dass gerade im Ortsteil St. Leon der anfänglich verwendete Begriff „Trauercafé“ für viel Verwirrung und Unmut gesorgt hat. Er erklärt nochmals, dass in den Begegnungsstätten keinesfalls ein Kaffeeklatsch oder eine fröhliche Kaffeerrunde stattfinden soll. Er erklärt, dass in immer mehr Familien, bei immer mehr Trauernden das familiäre Netzwerk, in dem Trauernde aufgefangen werden können, wegfällt. Viele Personen sind mir ihrer Trauer allein, weil es keine Angehörigen gibt oder diese weit entfernt wohnen. Das Angebot der Trauerbegleitung reagiert auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen unserer Zeit.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert erklärt, dass die Junge Liste der Einrichtung der Begegnungsstätten positiv gegenübersteht. Das „Trauercafé“ stiftete Verwirrung, die Zweifel sind aber verstummt, als man sich mit dem Thema genauer beschäftigt hat. Er ist der Meinung, dass das ehrenamtliche Engagement unterstützt werden sollte. Die Anbindung der Begegnungsstätten direkt an den Leichenhallen würde er favorisieren.

Auch **Gemeinderätin Marina Krenzke** erklärt, dass sie anfangs den Begegnungsstätten sehr kritisch gegenüberstand. Sie hat sich allerdings mit dem Thema und den Trauerbegleitern beschäftigt und hält es nun für eine sinnvolle und gute Sache. Wenn der Kostenrahmen ungefähr bei dem bisherigen Ansatz von ca. 60.000 Euro bleiben würde, signalisiert sie Zustimmung für beide Ortsteile.

Bürgermeister Dr. Eger fragt Herrn Pfarrer Woschek in welchen Räumen die Trauerbegleitung zur Zeit durchgeführt wird, denn laut Flyer wird sie ja schon angeboten.

Pfarrer Manfred Woschek erklärt, dass die Trauerbegleitung zur Zeit in kirchlichen Räumlichkeiten oder auch bei Trauernden zu Hause erfolgt. Jedoch sei ein neutraler Ort sehr viel besser geeignet.

Gemeinderat Klaus Grün ist erfreut darüber, dass es in der heutigen Zeit immer noch Menschen gibt, die sich für andere engagieren möchten und signalisiert deshalb Zustimmung.

Gemeinderat Michael Herling lobt ebenfalls das ehrenamtliche Engagement der Trauerbegleiter. Er hat jedoch Schwierigkeiten damit ein Projekt zu fördern, bei dem ein Bedarf oder genaue Nutzungszahlen überhaupt noch nicht bekannt sind. Er hält es für schwierig, die Begegnungsstätten zu bauen und dann zu sehen, ob und wieviel Bedarf vorhanden ist. Er bittet deshalb die Ehrenamtlichen das Projekt in bestehenden Räumlichkeiten anlaufen zu lassen und später über einen Bau von Begegnungsstätten nachzudenken.

Pfarrer Manfred Woschek erklärt, dass für die Begegnungsstätte 2-mal wöchentlich Öffnungszeiten geplant sind. Termine für Einzelgespräche werden darüber hinaus zusätzlich vereinbart. Er erklärt weiter, dass die Pfarrgemeinde von der Diözese einen Zuschuss von 11.000 Euro erhielt. 5.000 Euro wurden für die Ausbildung und Weiterbildung der Trauerbegleiter verwendet. 6.000 Euro können für die anstehenden Betriebskosten verwendet werden. Dazu kommen sicherlich auch noch Spendengelder.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt, dass er noch keine konkreten Zahlen für die Realisierung der Begegnungsstätte nennen kann, da die Wünsche der Trauerbegleiter entgegen der ursprünglichen Planung größer wurden und auch erst die Standortfrage geklärt werden muss.

Gemeinderat Siegfried Köck signalisiert Zustimmung zum Bau der Begegnungsstätten.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015**

Gemeinderat Roman Heger unterstützt die Aussage von Gemeinderat Michael Herling. Auch er ist der Meinung, dass die Trauerbegleitung erst einmal anlaufen sollte und anschließend über den Bau von Begegnungsstätten entschieden werden kann. Er schlägt vor eventuell andere bestehende Räumlichkeiten außerhalb der Pfarrämter zu nutzen.

Pfarrer Manfred Woschek erklärt, dass dies nicht im Sinne der Trauerbegleiter sei. Die Trauerbegleitung solle direkt auf dem Friedhof stattfinden.

Gemeinderat Ferdinand Speckert begrüßt das ehrenamtliche Engagement der Trauerbegleiter ebenfalls. Er nimmt aber auch die Bedenken derjenigen Bürgerinnen und Bürger ernst, die durch die Einrichtung der Begegnungsstätten direkt an den Leichenhallen eine Beeinträchtigung der Ruhe auf dem Friedhof befürchten. Deshalb wäre für ihn der Alternativvorschlag der Anordnung am Rande der Friedhöfe zustimmungsfähig. Trotzdem würde er die Erfahrungswerte der Nachfrage von ca. einem Jahr in der Nachfrage gerne abwarten.

Bürgermeister Dr. Eger erinnert an die Informationsveranstaltungen auf den Friedhöfen, bei denen auch die Idee der Begegnungsstätten vorgestellt wurde. Seines Erachtens gab es auf dem Friedhof St. Leon keine Zustimmung zum Projekt. Deshalb schlägt er vor mit den Begegnungsstätten erst einmal an einem Standort in Rot anzufangen, um dort zu sehen, wie das Projekt anläuft. Grundsätzlich ist er der Meinung, dass man die Lage der Begegnungsstätten an beiden Friedhöfen gleich, also entweder an der Friedhofhalle oder am Rande des Friedhofs wählen sollte.

Gemeinderat Norbert Knopf ist der Meinung, dass für ein neues Angebot der Bedarf nie vorhergesagt werden kann. Dem neuen Angebot sollte eine Chance gegeben werden. Wichtig ist auch, dass es sich für ein Angebot an alle Bürger handelt.

Gemeinderätin Anneliese Runde bittet um Unterstützung für die Begegnungsstätten auf beiden Friedhöfen.

Gemeinderat Rudi Heger wünscht sich einen konkreten Kostenvergleich der Begegnungsstätte, die an die Leichenhalle angegliedert ist oder am Rande des Friedhofs gesondert gebaut wird. Er ist der Meinung, dass bei den Infoveranstaltungen auf den Friedhöfen in beiden Friedhöfen keine große Resonanz für die Begegnungsstätten festgestellt werden konnte.

Bürgermeister Dr. Eger plädiert für die stufenweise Umsetzung des Projektes.

Gemeinderat Siegfried Köck hält diesen Kompromissvorschlag für möglich.

Bürgermeister Dr. Eger stellt nun folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Das Bauamt soll für beide Friedhöfe die Kosten für den Bau einer Begegnungsstätte ermitteln. Die Kosten sollen jeweils für die zentrale Anbindung an die Leichenhalle sowie für die dezentrale Platzierung am Rande des Friedhofs ermittelt werden. Die im Haushalt 2014 bereits eingestellten Mittel können als Planungsmittel verwendet werden.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 14 Ja-Stimmen, bei 6 Gegenstimmen zu.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Zuschussantrag „Helfer vor Ort“ DRK St. Leon	- 543.12 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und bedankt sich bei der Vorstandschaft und den Mitgliedern des DRK St. Leon für das bisher erbrachte Engagement.

Die Sprecher aller Fraktionen und Gruppierungen signalisieren Zustimmung zur Sitzungsvorlage und bedanken sich bei den Mitgliedern der HvO Gruppe für den ehrenamtlichen Einsatz.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Das Helfer vor Ort-System der DRK Ortsgruppe St. Leon wird künftig mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 2.500,-- € unterstützt.

Der Zuschuss wird bis auf Widerruf durch den Gemeinderat gewährt.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Bebauungsplan „Rosenstraße/Tränkweg, 6. Änderung“:	-621.41-
1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes	
2. Annahme des Entwurfes	

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015**

3. Weiteres Verfahren

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber stellt die Tagesordnungspunkte 9-18 in einem kurzen Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage vor.

Gemeinderat Theo Vetter bittet um zügige Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 9-18, da die Sachverhalte ausführlich im Ausschuss für Umwelt und Technik vorberaten wurden.

Gemeinderat Norbert Knopf signalisiert Zustimmung. Er ist verwundert darüber, dass bzgl. des Bebauungsplanes Rosenstraße/Tränkweg keinerlei Regelungen zur Dachneigung oder zu geforderten Stellplätzen enthalten sind. Er bittet bei den Festlegungen zukünftiger Bebauungspläne auf hohe ökologische Standards zu achten.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass die Festlegung von Dachneigungen in Mischgebietsbereichen nicht erforderlich ist und die Festsetzung von erforderlichen Stellplätzen durch besondere Regelungen, wie z.B. im Gewerberecht erfolgt. Die Festlegung hoher ökologischer Standards wird bei der Ausweisung von zukünftigen Neubaugebieten auf jeden Fall erfolgen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Die Aufstellung der 6. Änderung des Bebauungsplanes „Rosenstraße/Tränkweg“ wird beschlossen. Das Verfahren erhält die Bezeichnung „Rosenstraße/Tränkweg, 6. Änderung“.
2. Der Entwurfsplan des Vermessungsbüros Förderer und Mengesdorf, Tullastr. 19, 69126 Heidelberg vom März 2015 wird angenommen.
3. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 S. 2 BauGB und der Bekanntmachung nach § 13 Abs. 3 BauGB, dass der Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll, sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö
Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan
„Rosenstraße/Tränkweg, 6. Änderung“:
Erlass einer separaten Satzung nicht notwendig

Tagesordnungspunkt: 10
-621.41-

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Örtlichen Bauvorschriften zur Bebauungsplanänderung „Rosenstraße/Tränkweg 3. Änderung“ sollen auch für den Bebauungsplan „Rosenstraße/Tränkweg, 6. Änderung“ gelten.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö
Flächennutzungsplan St. Leon-Rot 2020,
1. Beschluss zur 1. Teilfortschreibung
2. Weiteres Verfahren

Tagesordnungspunkt: 11

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Die 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes 2020 St. Leon-Rot wird beschlossen. Gegenstand der Berichtigung sind die Grundstücke Flst. Nr. 2841, 2843, 2843/1 und 2844 auf der Gemarkung Rot. Die bisherige Ausweisung als Grünfläche Gärtnerei wird teils in Wohnbaufläche W und teils in Gemischte Baufläche M geändert. Das Verfahren erhält die Bezeichnung „Flächennutzungsplan St. Leon-Rot 2020, 1. Teiländerung“.
2. Der Entwurfsplan des Vermessungsbüros Förderer und Mengesdorf, Tullastr. 19, 69126 Heidelberg vom März 2015 wird angenommen.
3. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 S. 2 BauGB sowie

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015**

der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 12
Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Am Friedhof, Östlicher Teil“ hier: Antrag auf Durchführung des Satzungsverfahrens	-621.41-
- Aufstellungsbeschluss	

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Dem gestellten Antrag auf Einleitung des Satzungsverfahrens wird zugestimmt.
2. Die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Am Friedhof, östlicher Teil" nach § 12 Abs. 1 BauGB für die Grundstücke Flst. Nr. 2841, 2843, 2943/1 und 2844 wird beschlossen. Die Gebietsabgrenzung ergibt sich aus dem Entwurf
3. Der beiliegende Entwurf mit Begründung und Umweltbericht vom März 2015 wird angenommen.
4. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 13
Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Am Friedhof, östlicher Teil“	-632.6-

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan "Am Friedhof, östlicher Teil" werden als separate Satzung erlassen.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Beschlusses gem. § 22 Abs. 1 BauGB, Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 14
Bebauungsplan „Gewerbegebiet Am Bahnhof – 1. Änderung“ mit Örtlichen Bauvorschriften:	-621.41-
1. Beratung und Beschlussfassung zu den im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach §3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen	
2. Weiteres Verfahren	

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Im Rahmen der vorgezogenen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurden Anregungen vorgebracht, die aus der beigefügten Liste -Anlage 1- ersichtlich sind. Der Gemeinderat beschließt die hier unterbreiteten Abwägungsvorschläge.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 15
Bebauungsplan „Gewerbegebiet Roter See mit Erweiterung – IV. Änderung mit Örtlichen Bauvorschriften:	-621.41-
1. Beratung und Beschlussfassung zu den im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach §3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen	
2. Weiteres Verfahren	

Ausführungen und Beschluss:

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015**

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Im Rahmen der vorgezogenen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurden Anregungen vorgebracht, die aus der beigefügten Liste -Anlage 1- ersichtlich sind. Der Gemeinderat beschließt die hier unterbreiteten Abwägungsvorschläge.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 16
Bebauungsplan „Gewerbegebiet I – 4. Änderung“ mit Örtlichen Bauvorschriften:	-621.41-
1. Beratung und Beschlussfassung zu den im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen	
2. Weiteres Verfahren	

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Im Rahmen der vorgezogenen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurden Anregungen vorgebracht, die aus der beigefügten Liste -Anlage 1- ersichtlich sind. Der Gemeinderat beschließt die hier unterbreiteten Abwägungsvorschläge.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 17
Bebauungsplan „Hauptstraße 49-85, 2. Änderung“:	-621.41-
1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes	
2. Annahme des Entwurfes	
3. Weiteres Verfahren	

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Udo Back ist befangen und nimmt während der Beratung und Beschlussfassung im Zuschauerraum Platz.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes „Hauptstr. 49 – 85“ wird beschlossen. Das Verfahren erhält die Bezeichnung „Hauptstr. 49 – 85, 2. Änderung“.
2. Der Entwurfsplan des Büros Modus Consult aus Karlsruhe vom 25.02.2015 wird angenommen.
3. Da es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung handelt wird gemäß § 13 a BauGB das beschleunigte Verfahren gewählt. Auf eine Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB, auf einen Umweltbericht gem. § 2a BauGB und eine frühzeitige Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB kann daher verzichtet werden.
3. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 S. 2 BauGB und der Bekanntmachung nach § 13 a Abs. 3 BauGB, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll, sowie der Offenlage nach § 3 Abs.2 BauGB und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015**

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 18
Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Hauptstraße 49 – 85, 2. Änderung“: 1. Erlass einer separaten Satzung	-632.6-
2. weiteres Verfahren	

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Udo Back ist befangen und nimmt während der Beratung und Beschlussfassung im Zuschauererraum Platz.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Die Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Hauptstraße 49 – 85, 2. Änderung“ werden als separate Satzung erlassen.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 S. 1 BauGB und der Bekanntmachung nach § 13 a Abs. 3 BauGB, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll, sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 19
Sanierung St. Leon „Ortskern III“ und Rot „Ortskern IV“ hier: Erhebung / Ablösung von Ausgleichsbeträgen	-623.-

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Udo Back, Gemeinderätin Anneliese Runde, Gemeinderat Gerhard Haffner und Gemeinderat Adolf Geider sind befangen und nehmen während der Beratung und Beschlussfassung im Sitzungsraum Platz.

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Tobias Rehorst bedankt sich bei Bauamtsleiter Werner Kleiber für den ausführlichen Sachvortrag. Er bittet bei zukünftigen Sanierungen um frühzeitige Information des Gemeinderats sowie aller Beteiligten zum Thema Ausgleichsbetrag.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass die Betroffenen von der Gemeinde rechtzeitig informiert wurden.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Eigentümer, die den Ausgleichsbetrag vor Abschluss der Sanierung im Rahmen einer freiwilligen Vereinbarung vorzeitig ablösen, erhalten einen Verfahrensabschlag von 20 %.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 20a
Verschiedenes hier: Informationsschreiben vom Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar	-650.342-

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger verweist auf die Sitzungsvorlage.

Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 20b
Verschiedenes Entwicklung der Gemeinschaftsschule an der Parkringschule/ Anmeldungen für Schuljahr 2015/2016	-211.2-

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger verweist auf die Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger informiert den Gemeinderat, dass das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis als zuständige Straßen- und Verkehrsbehörde die Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h in

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.04.2015**

der Ortsdurchfahrt St. Leon zwischen der Einmündung der Sandgasse und der Roter Straße 12 angeordnet hat. Das zuständige Straßenbauamt wird die Umsetzung der Anordnung in Kürze durchführen.

Bürgermeister Dr. Eger gibt bekannt, dass Gemeinderätin Andrea Heim aus gesundheitlichen Gründen aus dem Gemeinderat ausscheiden möchte. Das Ausscheiden sowie die Nachfolge im Gemeinderat werden voraussichtlich in der Mai-Sitzung auf die Tagesordnung genommen.

**Sitzung am: Dienstag, 28. April 2015 Nr. 4 Ö
Wünsche und Anfragen**

**Tagesordnungspunkt: 21
-022.3 -**

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Rudi Heger berichtet, dass er von in der Marktstraße ansässigen Gewerbetreibenden wegen einer geplanten Parkzeitbeschränkung an der Marktstraße angesprochen wurde.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass das Thema Parkraumbewirtschaftung für beide Ortsteile dem Gemeinderat in der Mai-Sitzung zur Beratung vorgelegt wird.

Gemeinderat Adolf Geider fragt, ob die Einführung von Tempo 30 in der Ortsdurchfahrt St. Leon Auswirkung auf die Pünktlichkeit der Busse haben wird.

Weiter weist **Gemeinderat Adolf Geider** darauf hin, dass im Bereich einer gefällten Pappel „im Kirr“ Sperrmüll abgelagert wurde. Er bittet den Bauhof diesen zu entfernen. Ebenso weist er darauf hin, dass in der Zwetschgenallee, ca. ein Gewann hinter dem Kehrgraben, ein großes Loch in der Fahrbahn entstanden ist. Er bittet dies aufzufüllen.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt bzgl. der Einführung von Tempo 30 in der Ortsdurchfahrt St. Leon, dass dies mit allen relevanten Trägern abgestimmt wurde.

Gemeinderat Torsten Weis stellt im Namen der Fraktionsgemeinschaft FDP/SPD den Antrag auf Aufstockung des Gemeindevollzugsdienstes (siehe Anlage).

Gemeinderat Tobias Rehorst weist daraufhin, dass die Gebäude der BIWU abgebrannt sind. Er bittet den Bürgermeister die BIWU bei Bedarf beim Neustart zu unterstützen.

Des weiteren ist er erfreut darüber, dass der nach der Notvergabe beim Linienbündel St. Leon-Rot – Sandhausen tätige BRN bisher gut arbeitet und gute Resonanz aus der Bevölkerung zu vernehmen ist.

Gemeinderat Siegfried Köck fragt, ob es aktuell neue Zuweisungen von Flüchtlingen für die Gemeinde gibt.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass aktuell keine Zuweisungen bekannt sind. Das Thema Flüchtlingsunterbringung wird in der Mai-Sitzung auf der Tagesordnung des Gemeinderates stehen.

Bürgermeister Dr. Eger schließt die Sitzung um 22.20 Uhr.

-/-